

# Mitteilungen

FOLGE 223  
OKTOBER 2015

## „DAS VOLK SITZT ZU GERICHT“

Österreichische Nachkriegsjustiz 1945 bis 1948 im Spiegel der Zeitungsberichterstattung – Sonderausstellung im DÖW

KuratorInnen: Winfried R. Garscha, Claudia Kuretsidis-Haider, Rudolf Leo, Siegfried Sanwald

Am 17. August 1945 fällte das Landesgericht für Strafsachen Wien als Volksgericht seine ersten Urteile wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. Angeklagt waren vier ehemalige Angehörige der Wachmannschaft des Lagers für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Engerau (heute Petržalka/Bratislava). Drei von ihnen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, einer erhielt eine Freiheitsstrafe von acht Jahren.

Anlässlich des 70. Jahrestages dieses ersten österreichischen NS-Prozesses zeigt das DÖW in Kooperation mit der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, dem Landesgericht für Strafsachen Wien und dem KZ-Verband Wien bis 12. Dezember eine Sonderausstellung mit Rahmenprogramm. Neben dem 1. Engerau-Prozess werden im Spiegel der Zeitungsberichterstattung auch der Prozess gegen Universitätsprofessor Jörn Lange, der Prozess wegen des Massakers am 6. April 1945 im Zuchthaus Stein a. d. Donau sowie der Prozess gegen den letzten Außenminister der Schuschnigg-Regierung Guido Schmidt dargestellt und die gesetzlichen Grundlagen der Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich erläutert.

Zwischen 1945 und 1955 wurden in 136.829 Fällen gerichtliche Voruntersuchungen wegen des Verdachts nationalsozialistischer Verbrechen oder „Illegalität“ (Mitgliedschaft bei der NSDAP zur Zeit ihres Verbots 1933–1938) eingeleitet. Die Volksgerichte in Wien, Graz, Linz und Innsbruck fällten bis zu ihrer Abschaffung 1955 23.477 Urteile, davon 13.607 Schuldsprüche. Zum Großteil handelte es sich um Formdelikte – etwa eine falsche Angabe zur Mitgliedschaft in der NSDAP –, in über 500 Verfahren ging es um Gewaltverbrechen, 43 Todesurteile wurden gefällt, 30 davon wurden vollstreckt.



### Gesetzliche Grundlagen

Der Diplomat Josef Schöner beschrieb in seinen Tagebuchaufzeichnungen die Ungeduld von Teilen der Wiener Bevölkerung, die den Beginn der Verfolgung von NS-Verbrechen schon in den ersten Tagen nach der Befreiung erwarteten:

„Die Stimmung in der Bevölkerung ist in dieser Frage derzeit nicht gut, alles ist bisher enttäuscht, daß gegen die Nazis von staatswegen noch nichts geschehen ist ...“

Josef Schöner, Wiener Tagebuch 1944/1945 (Böhlau 1992), Eintrag vom 5. Mai 1945

Die gesetzliche Grundlage für die Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich bildeten das „Verbotsgesetz“ vom 8. Mai 1945 – wenige Stunden vor der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht – und das „Kriegsverbrechergesetz“ vom 26. Juni 1945. Treibende Kraft bei der Schaffung dieser rechtlichen Rahmenbedingun-

Die Öffentlichkeit nahm an den Volksgerichtsprozessen regen Anteil. Das spiegelt sich auch in den Zeitungen wider, in denen den Verfahren viel Platz eingeräumt wurde.

Das kleine Volksblatt, 18. August 1945

gen war Josef Gerö (1896–1954), Staatsanwalt und Jurist im Justizministerium des „Ständestaates“, Häftling in den KZ Dachau und Buchenwald und nach der Befreiung parteiloser Justizstaatssekretär (Justizminister) in der Provisorischen Regierung.

Das Verbotsgesetz, das nach zwei Jahren als „Nationalsozialistengesetz 1947“ wiederverlautbart wurde, regelte auch die Tätigkeit der neuen „Volksgerichte“. Diese urteilten in erster und einziger Instanz. Nur der Präsident des Obersten Gerichtshofs konnte Urteile aufheben.

Neben Verbots- und Kriegsverbrechergesetz wandten die Volksgerichte auch das österreichische Strafgesetz von 1852 und das deutsche Reichsstrafgesetzbuch (als „Recht zur Tatzeit“) an.

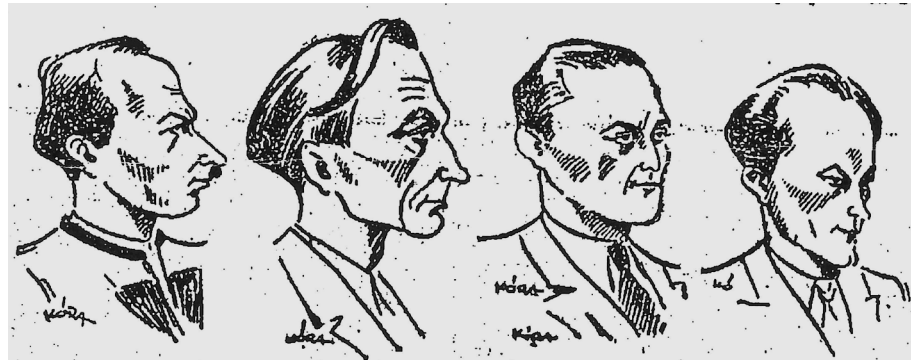
## 1. Engerau-Prozess

Anfang Dezember 1944 wurde in Engerau (Bratislava/Petržalka), das in der NS-Zeit zum Gau Niederdonau gehörte, ein Arbeitslager für ungarische Juden eingerichtet. An die 2000 Zwangsarbeiter mussten Sklavenarbeit beim Bau des sogenannten Südostwalles leisten. Der Arbeitsalltag war geprägt von Hunger, Kälte, Misshandlungen, willkürlichen Erschießungen und Hinrichtungen. Am 29. März 1945 wurde das Lager vor der heranrückenden sowjetischen Armee „evakuiert“. Auf dem Marsch nach Deutsch-Altenburg wurden an die hundert Personen von SA-Männern und „Politischen Leitern“ erschossen.

Von 14. bis 17. August 1945 fand im Großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichts für Strafsachen Wien der 1. Engerau-Prozess gegen vier ehemalige Wiener SA-Männer statt. Sie hatten zwischen Dezember 1944 und März 1945 in Engerau sowie im Zuge des „Todesmarsches“ ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter ermordet.

Das Volksgericht Wien verurteilte in diesem ersten österreichischen Prozess zur Ahndung von NS-Verbrechen drei der Angeklagten zum Tode (Rudolf Kronberger, Alois Frank und Wilhelm Neunteufel) sowie einen zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren (Konrad Polinovsky).

Rudolf Kronberger und Alois Frank wurden am 20. November 1945, Wilhelm Neunteufel am 28. November 1945 im Landesgericht Wien hingerichtet. Konrad Polinovsky, am 19. September 1945 in die Strafanstalt Stein eingewiesen, wurde nach zwei Jahren Haft von Bundespräsident Karl Renner begnadigt und am 1. Oktober 1947 entlassen.



Die Angeklagten Kronberger, Frank, Neunteufel und Polinovsky

Österreichische Volksstimme, 18. August 1945, S. 2

**Rudolf Kronberger**, geb. am 22. März 1905 in Ferschnitz (Bezirk Melk, NÖ)

Nach vier Klassen Volksschule musste Kronberger als Knecht arbeiten; der Vater hatte nach dem frühen Tod seiner ersten Frau eine zweite Familie gegründet und den Buben zu einem Bauern gegeben. Ab 1924 war Kronberger Fleischhauer in Wien. Laut Eigenaussage meldete er seinem Chef einige seiner Kollegen in einer Großschlachtereierie im 15. Bezirk als illegale Nationalsozialisten. Nach dem „Anschluss“ im März 1938 verlor Kronberger seine Arbeit, da seine Arbeitgeber Juden waren und die Großschlachtereierie nicht mehr fortführen durften. Im Herbst 1938 trat er der NSDAP bei und wurde SA-Scharführer. Ab Herbst 1939 arbeitete er bei der Deutschen Reichsbahn. Im November 1944 wurde Kronberger zur SA-Standarte 4 (in der Josefstädterstraße im 8. Bezirk) einberufen und zur Bewachungsmannschaft nach Engerau notdienstverpflichtet.

**Alois Frank**, geb. am 22. Jänner 1896 in Wien

Frank besuchte die Volks- und Bürgerschule und machte eine Lehre als Koch, fand aber keine Arbeit. 1935 trat er der SA-Standarte 24 bei. Seine illegalen Aktivitäten beinhalteten das Streuen von Flugblättern und Hakenkreuzschmierereien. Im Oktober 1935 wurde Alois Frank festgenommen und für sechs Wochen inhaftiert.

Nach dem „Anschluss“ wurde er mit einer für die „illegalen“ Nationalsozialisten – die bereits im austrofaschistischen Regime tätig gewesen waren – reservierten Sechsmillionennummer offizielles NSDAP-Mitglied. Er erhielt in der Folge den Ehrentitel „Alter Kämpfer“ sowie die Ostmarkenerinnerungsmedaille. In weiterer Folge war er als Blockleiter der Ortsgruppe Kübeckgasse im 3. Bezirk tätig. Im April 1944 wurde er zum Scharführer der SA er-

nannt und Anfang Jänner 1945 nach Engerau notdienstverpflichtet.

**Wilhelm Neunteufel**, geb. am 7. Oktober 1901 in Wien

Neunteufel machte eine Koch- und Zuckerbäckerlehre. Ab 1923 arbeitete er als Maler und Anstreicher, absolvierte 1931 die Meisterprüfung und eröffnete in der Zentagasse 3 im 5. Bezirk ein Malergeschäft. Nach anfänglichen Geschäftserfolgen verschuldete sich Neunteufel ab 1934 immer mehr. Mit dem „Anschluss“ verbesserte sich seine finanzielle Situation schlagartig: Er trat der NSDAP und der SA-Standarte 24 bei und transportierte NS-Funktionäre mit seinem Motorrad, wofür er finanzielle Zuwendungen erhielt. Im März 1940 zur Deutschen Wehrmacht eingezogen und in der Ortskommandantur von Schitomir (UdSSR) eingesetzt, erlitt er eine Schädelverletzung, worauf er für den Militärdienst untauglich war und nur mehr beim Sanitätsdienst verwendet werden konnte. Im November 1944 wurde Neunteufel in das Lager Engerau versetzt und war in der Schreibstube beim SA-Lagerkommandanten tätig.

**Konrad Polinovsky**, geb. am 9. Juli 1902 in Wien

Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte Polinovsky 1916 eine Lehre als Sattler. Von 1919 bis 1923 arbeitete er als Hilfsarbeiter bei verschiedenen Wiener Firmen, zwischendurch war er arbeitslos. 1924 wurde Polinovsky beim Münzamt im 3. Bezirk angestellt. Er war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Republikanischen Schutzbundes. Ab 1938 gehört er der Betriebs-SA in der Funktion eines Scharführers und mehreren NS-Organisationen an. Im Oktober 1944 nach Kittsee im Burgenland zum Schanzenbau notdienstverpflichtet, wurde er Anfang Dezember nach Engerau versetzt.

# 1. Engerau-Prozess

## Nachstellung des Volksgerichtsprozesses im LG Wien, 26. Oktober 2015

Ehrenschutz: Bundesminister für Justiz Wolfgang Brandstetter

Zeit:

Montag, 26. Oktober 2015, 15.00 Uhr

Ort:

Großer Schwurgerichtssaal des Landesgerichts für Strafsachen Wien,  
1080 Wien, Landesgerichtsstraße 11 (Eingang Frankhplatz 1, verlängerte Alserstraße)

Eintritt frei!

Anmeldung bis 15. Oktober 2015 erforderlich:

Claudia Kuretsidis-Haider | e-mail: claudia.kuretsidis@nachkriegsjustiz.at

## Ausstellung

### Engerau: The Forgotten Story of Petržalka

*Die Ausstellung, die derzeit noch in Bratislava zu sehen ist, wird vom 2. März bis 20. April 2016 als Leihgabe des Jüdischen Gemeindemuseums im DÖW präsentiert.*

Im April 1945 richtete die tschechoslowakische Regierung eine Untersuchungskommission zu den Verbrechen im Arbeitslager für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter 1944/45 in Engerau (Petržalka) ein. Dabei wurden mehrere hundert Opfer aus fünf Massengräbern beim Friedhof von Petržalka exhumiert. In Österreich standen zwischen 1945 und 1954 in den insgesamt sechs Engerau-Prozessen 21 ehemalige SA-Männer und „Politische Leiter“ vor Gericht. Neun von ihnen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, einer erhielt lebenslänglich.

In den 1970er- und 1980er-Jahren wurde Alt-Petržalka dem Erdboden gleichgemacht, um Platz für eine der größten Wohnsiedlungen im ehemaligen „Ostblock“ zu machen. Damit verschwand das historische Gedächtnis um das Lager Engerau, gemeinsam mit dem alten Petržalka und seinen BewohnerInnen.

Die Ausstellung präsentiert Fotos und Dokumente der Opfer des Lagers Engerau, die von der tschechoslowakischen Untersuchungskommission zusammengestellt wurden. Die Dokumente wurden von Leopold Prepelica, dem Totengräber von Petržalka, geborgen und in der früheren großen Synagoge auf dem Rybné-Platz aufbewahrt. Nach dem Abriss der Synagoge im Jahr 1969 kamen die Dokumente und Fotos in das slowakische Nationalarchiv, wo sie viele Jahre unbeachtet blieben. Sie wurden im Rahmen der Recherchen für die Ausstellung aufgefunden.

Ergänzt wird der historische Teil der Ausstellung durch zwanzig Fotografien von Illah van Oijen. Seine Bilder von heutigen Standorten des ehemaligen Lagers sind eine Reflexion über die Identität der Stadt und die (vergessene) Erinnerung an den Holocaust im heutigen Bratislava.

Die Ausstellung ist im Jewish Community Museum, Bratislava (Heydukova 11–13) bis 11. Oktober 2015 zu besichtigen (Freitag und Sonntag 10.00 bis 16.00 Uhr, außer an jüdischen Feiertagen).

## Der Prozess gegen Dr. Jörn Lange

Am Nachmittag des 1. April 1945 gab der damalige Prorektor der Universität Wien Dr. Viktor Christian die Order aus, dass auf ein bestimmtes Stichwort im Rundfunk kostbare und für die Kriegsführung wichtige Apparate in den Universitätsinstituten zu zerstören seien. Diese Anordnung, die wenige Tage später von Christian abgeschwächt wurde (die Apparate sollten nur beschädigt, aber nicht zerstört werden), gab Dr. Friedrich Wessely, Professor am II. Chemischen Institut der Universität Wien, den Vorständen im Institutsgebäude Währinger Straße/Boltzmann-gasse weiter – darunter dem 42-jährigen außerordentlichen Professor für physikalische Chemie Dr. Jörn Lange vom I. Chemischen Institut. Der aus dem „Altreich“ stammende Lange war stellvertretender Institutsvorstand. Ihm oblag aber die Leitung, da sich sein Vorgesetzter bereits mit mehreren Assistenten und unter Mitnahme zahlreicher Apparate nach Westen abgesetzt hatte. Die beiden Assistenten Dr. Kurt Horeischy (geb. 25. März 1913, Leiter des Mikrochemischen Laboratoriums und Mitglied der von Professor Otto Hoffmann-Ostenhof gegründeten Widerstandsgruppe „Tomsk“) und Dr. Hans



**Der Bestsellerautor Johannes Mario Simmel, der damals als Chemieingenieur arbeitete und die Vorgänge am 5. April aus nächster Nähe miterlebte, verarbeitete das Geschehen in seinem Roman *Wir heißen euch hoffen*.**

Vollmar (geb. 8. Juni 1915, erster Assistent des Institutsdirektors) stellten sich gemeinsam mit Max Slama (ebenfalls Mitglied der Widerstandsgruppe) Lange entgegen, als dieser am 5. April mit der Zerstörung eines wertvollen Elektronenmikroskops beginnen wollte. Lange gab ohne Vorwarnung einen Schuss auf Kurt Horeischy ab, der in der Folge an der Schussverletzung starb. Im darauffolgenden Handgemenge wurde auch Hans Vollmar von Lange erschossen.

Jörn Lange wurde am 15. September 1945 vom Volksgericht Wien zum Tode verurteilt, entzog sich seiner Hinrichtung aber durch Selbstmord am 21. Jänner 1946.

Am Institut für Anorganische Chemie wurde 1947 eine Gedenktafel für Kurt Horeischy und Hans Vollmar angebracht.

## Der Stein-Prozess (August 1946)

Kurz vor Kriegsende entließ Direktor Franz Kodré die Gefangenen des Zuchthauses Stein a. d. Donau. Als sich die Häftlinge am 6. April 1945 im Gefängnis Hof versammelten, wurden sie von SA-Standartenführer Leo Pilz gemeinsam mit SS- und Volkssturmeinheiten angegriffen. Hunderte Häftlinge und fünf Justizwachebeamte, darunter Anstaltsleiter Kodré, fielen dem Massaker zum Opfer.

Am 30. August 1946 verurteilte das Volksgericht Wien die beiden Haupttäter zum Tode:

**Leo Pilz**, geb. 20. Jänner 1907, Mechaniker, SA-Standartenführer, Kreisstabführer des Volkssturms Krems

**Alois Baumgartner**, geb. 25. April 1896, Verwaltungsoberinspektor, stellvertretender Direktor des Zuchthauses Stein

Zum Tode verurteilt wurden außerdem:

**Eduard Ambrosch**, geb. 7. Februar 1881, Oberverwalter und Kommandant der Justizwache des Zuchthauses Stein

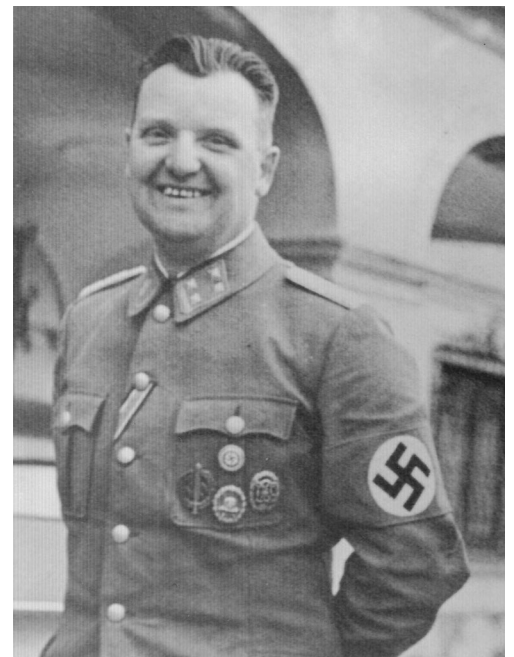
**Franz Heinisch**, geb. 3. März 1896, Justizhauptwachtmeister und Zugführer des Volkssturms des Zuchthauses Stein

**Anton Pomassl**, geb. 5. April 1897, Betriebsleiter der Schusterei des Zuchthauses Stein



Prozessberichterstattung im *Kleinen Volksblatt* (oben) und in der *Arbeiter-Zeitung*, 12. September 1945

Das Urteil gegen Jörn Lange (Wiener Stadt- und Landesarchiv, LG Wien, Vg Vr 720/45) ist auf der Website des DÖW abrufbar: [www.doew.at/termine/das-volk-sitzt-zu-gericht](http://www.doew.at/termine/das-volk-sitzt-zu-gericht)



**Alois Baumgartner** (oben links) und **Leo Pilz** (oben rechts) wurden ebenso wie **Eduard Ambrosch**, **Franz Heinisch** und **Anton Pomassl** am 28. Februar 1947 hingerichtet. Fünf weitere Angeklagte im Stein-Prozess erhielten vom Volksgericht lebenslange Freiheitsstrafen.

Foto Leo Pilz aus: Robert Streibel, Krems 1938–1945. Eine Geschichte von Anpassung, Verrat und Widerstand, Weitra: Bibliothek der Provinz 2014, S. 94

Foto Alois Baumgartner: Staatspolizeiliches Fahndungsblatt 1946

## Guido Schmidt-Prozess

Die längste Hauptverhandlung vor einem österreichischen Volksgericht fand von Februar bis Juni 1947 statt: Der Hochverratsprozess gegen den letzten Außenminister vor der Annexion 1938 – Guido Schmidt (1901–1957).

Guido Schmidt war der prominenteste Vertreter des „deutschen Kurses“ im austrofaschistischen Regime vor 1938. Die Anklage warf ihm vor, er habe aus persön-

lichen Karrieregründen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg getäuscht und hinter dem Rücken der Bundesregierung mit Deutschland verhandelt; eine Klärung im Prozess scheiterte u. a. daran, dass Schuschnigg nicht vor Gericht erschien. Während Schuschnigg nach dem „Anschluss“ im März 1938 verhaftet und bis 1945 im KZ festgehalten worden war, hatte sich Guido Schmidt dank der Fürsprache Hermann Görings eine gesicherte wirtschaftliche Position schaffen können.

Nach 49 Verhandlungstagen sprach das Volksgericht Wien Guido Schmidt von der Anklage nach § 8 Kriegsverbrechergesetz („Hochverrat am österreichischen Volk“) wegen Mangels an Beweisen frei.

**Bundeskanzler Leopold Figl war einer der vielen prominenten Zeugen aus Politik und Verwaltung, mit deren Hilfe das Volksgericht Wien eine juristische Aufarbeitung der Vorgeschichte des „Anschlusses“ 1938 versuchte.**

*Foto: Der Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1947, S. 85*



## Treffpunkt DÖW

**Mittwoch, 21. Oktober 2015, 18.30 Uhr**

Buchpräsentation

**Bernhard Gitschtaler (Hrsg.): Ausgelöschte Namen**  
Opfer des Nationalsozialismus im und aus dem Gailtal.  
Ein Erinnerungsbuch

70 Jahre herrschte eisernes Schweigen über die Opfer des Nazi-Terrors im Kärntner Gailtal. Dieses Tabu wurde durch die Arbeit des Vereins Erinnern Gailtal gebrochen. Das Gedenkjahr 2015 wird nun zum Anlass genommen, all jene vergessenen und verdrängten NS-Opfer im und aus dem Tal zurück in die Erinnerung zu holen. 200 Biographien von NS-Opfern konnte das Team um Bernhard Gitschtaler in dreijähriger Forschungsarbeit rekonstruieren.

Mit Beiträgen von: Bernhard Gitschtaler, Wolfgang Haider, Gerti Malle, Martin Jank, Elisabeth Wölbitsch, Alexander Verdnik, Peter Pirker, Daniel Jamritsch, Robert Lasser, Janina Koroschitz, Vinzenz Jobst und Hans Haider.

**Freitag, 13. November 2015, 18.00 Uhr**

Musikalische Collage

**NESTORKEST präsentiert: Harry's JazzPoems**

Der Schriftsteller Harry Kuhner (Theodor Kramer-Preis für Schreiben im Widerstand und im Exil 2014) hat in Erinnerung an seine Jugend in den USA Gedichte über JazzmusikerInnen geschrieben. NESTORKEST macht aus den zweisprachigen Texten (englisch/deutsch) und der dazu passenden Musik eine swingende Collage, die auch Bezüge zu Österreichs Zeitgeschichte enthält.

NESTORKEST: Harry Kuhner (Stimme & Schlagzeug), Manfred Steinhuber (Stimme & Bass), Ralf Starlinger (Gitarre), Alexander Petanowitsch (Piano)

**Dienstag, 24. November 2015, 18.30 Uhr**

Buchpräsentation

**Jakob Matscheko: Auf Francos Seite**  
und Vorstellung des Spanienarchivs im DÖW

Jakob Matscheko dokumentiert die materielle, politische und personelle Unterstützung Francos aus Österreich bzw. durch Österreicher. Österreicher dienten als Milizionäre in der Armee Francos, schmuggelten Informationen aus dem Feindesland, dienten als Propagandisten der Rebellen oder stellten Waffen, Geld oder diplomatische Netzwerke zur Verfügung.

An diesem Abend soll aber auch über die 1400 Interbrigadisten berichtet werden, die aus Österreich nach Spanien zogen, um dort gegen den faschistischen Putsch zu kämpfen. Irene Filip vom Spanienarchiv im DÖW wird einen Überblick über die österreichischen Freiwilligen geben und in die umfangreiche Sammlung des DÖW zu den Spanienkämpfern einführen.

*Moderation:* Paul Winter (Promedia Verlag)

**Mittwoch, 9. Dezember 2015, 18.00 Uhr**

Vortrag

**Konstantin Ferihumer: Der Stein-Prozess und der Komplex der Verbrechen in Krems-Stein und Umgebung im April 1945**

Finnissage der Sonderausstellung „Das Volk sitzt zu Gericht“. *Österreichische Nachkriegsjustiz 1945 bis 1948 im Spiegel der Zeitungsberichterstattung*

**Ort:**

Veranstaltungsraum Ausstellung  
Dokumentationsarchiv, Altes Rathaus,  
Wipplingerstraße 6–8, 1010 Wien  
(Eingang im Hof)

## Ludwig Steiner (1922–2015)

**Mit dem Tiroler Widerstandskämpfer und ÖVP-Politiker Ludwig Steiner ist am 28. Juni 2015 ein großer Österreicher und langjähriger Weggefährte und Freund des DÖW gestorben. Als Vizepräsident des DÖW ebenso wie durch seine Funktion im Stiftungsrat des DÖW setzte er sich für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit Österreichs und die Anerkennung der Leiden der NS-Opfer ein. Nach seinem Ausscheiden aus Altersgründen 2011 blieb er dem DÖW auch weiterhin als Ehrenmitglied eng verbunden.**

Der am 14. April 1922 in Innsbruck geborene Ludwig Steiner wurde früh durch das christlichsoziale Umfeld, in dem er aufwuchs, politisch geprägt. Als Mitglied einer katholischen Jugendgruppe bei den Jesuiten in Innsbruck war die Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland im März 1938 für den noch nicht ganz 16-Jährigen ein „tiefgreifendes Ereignis, weil ich gewusst habe, dass damit etwas Furchtbares auf uns, auch persönlich, zukommt“, wie er sich später erinnerte:

„Unsere Jugendgruppe war auch in den Umsturztagen bereit, auf die Straße zu gehen und zu kämpfen. Wir waren bitter enttäuscht, als der Aufruf der Bundesregierung zur Vermeidung von Kampfhandlungen im Radio zu hören war. Besonders geschockt hat mich die sofort einsetzende Menschenjagd, in unserem Hause wurde in der Umsturnacht der Präsident der Arbeiterkammer verhaftet und dabei geschlagen; beeindruckt hat mich auch das Herunterreißen der rot-weiß-roten Fahne von der Kaserne des Kommandos der 6. Gebirgsbrigade durch Bundespolizisten mit Hakenkreuzarmbinden unter Jubel vor einer johlenden Menge.“

*DÖW (Hrsg.), Erzählte Geschichte, Bd. 2: Katholiken, Konservative, Legitimisten, Wien 1992, S. 132*

Um der Hitler-Jugend (HJ) zu entgehen, gründete Steiner noch im März 1938 mit Freunden aus der Katholischen Jugend und der Pfadfinder-Bewegung eine Jugendbergwacht:

„Wir haben eine ganz normale Sanitätsausbildung und auch Übungen und Rettungseinsätze gemacht. So entkamen wir der HJ. Mit zunehmender Verschärfung der internationalen Situation, besonders nach 1939, wurde dann die vormilitärische Ausbildung für alle verpflichtend. Dazu ist man als Nicht-HJler durch einen polizeilichen Befehl an die Eltern vorgeladen worden, mit einer Strafdrohung an sie bei Nichtbefolgung. Die vormilitärische Ausbil-



**Ludwig Steiner bei der Jahresversammlung des DÖW, 10. März 2011**

Foto: DÖW

dung hat die HJ in Uniform durchgeführt, wir anderen waren in Zivil. Diese Ausbildung spielte sich für uns ohne Waffen ab, dazu waren nur die HJler ‚würdig‘. Es wurden sogenannte Geländeübungen abgehalten. Dabei hat man die Leute, die nicht bei der HJ waren, als Feinddarsteller benützt, und die HJ hat sozusagen die Angriffe auf diesen Feind gemacht. Der Sinn war natürlich, dass man diese Nicht-HJ-Leute ordentlich verhaut. Es hat sich aber gar nicht immer in diese Richtung entwickelt!

Schon im Jahre 1938 erfolgten immer wieder Störaktionen von seiten der HJ gegen katholische Veranstaltungen, Prozessionen usw. Besonders arg und gemein waren die Störungen von Maiandachten im Jahre 1938. Da gibt es einen besonders markanten Fall: Vor der Jesuitenkirche in Innsbruck war ein KdF-Omnibus aus dem sogenannten Altreich mit Absicht so vor das Kirchentor herangefahren, dass es von innen am Schluss der Maiandacht nicht zu öffnen war. Wir sind dann auf

einem anderen Weg aus der Kirche heraus und haben diesen Omnibus trotz angezogener Bremsen mit ‚ho ruck!‘ brachial weggeschoben. Das hat einen Riesenwirbel ausgelöst, weil der Omnibus dabei nicht ohne Schaden blieb.“

*DÖW (Hrsg.), Erzählte Geschichte, Bd. 2, S. 426*

Steiners Vater, ein ehemaliger christlich-sozialer Gemeinderat, wurde im September 1939 verhaftet und blieb bis Herbst 1940 u. a. in den KZ Sachsenhausen und Dachau in Haft. Auch Ludwig Steiner wurde einige Male von der Gestapo Innsbruck vorgeladen.

Im Oktober 1941 musste Steiner zur Deutschen Wehrmacht einrücken. Nach einer Verwundung 1943 kam er zum Gebirgsjäger-Ersatzbataillon 136 nach Innsbruck. Mit Kontakten zu den Brüdern Otto und Fritz Molden begann 1944 die Zusammenarbeit mit der Widerstandsorganisation O5. 1945 traf Ludwig Steiner den späteren Tiroler Landeshauptmann Karl

Gruber, den Leiter der sich aus verschiedenen Kreisen formierenden Tiroler Widerstandsbewegung:

„Das erste Gespräch war gleich von Anfang an beeindruckend. Dr. Gruber sagte: ‚Ja, schau, wir sind jetzt in einer Situation, wo sich kein Mensch mehr vor der Gestapo fürchten muss. Die Gestapo muss sich vor uns fürchten.‘ Das kann man heute nicht mehr so empfinden, aber das war damals ein Umkehrschluss, der verblüffend und sehr beeindruckend war.“

*DÖW (Hrsg.), Erzählte Geschichte, Bd. 2, S. 430*

1945 war Ludwig Steiner maßgeblich an der Befreiung Innsbrucks noch vor dem Eintreffen der Amerikaner beteiligt. Er stellte am 30. April 1945 am Gendarmenrieposten Zirl den Kontakt mit den heranrückenden amerikanischen Truppen her, wobei das weitere Vorgehen besprochen wurde:

„Im Büro des Gendarmenriepostens in Zirl begann Major West zusammen mit anderen Offizieren mit mir über die Möglichkeit einer deutschen Gegenwehr auf der Straße nach Innsbruck zu beraten, auch Kriegsberichterstatter drängten herein und fotografierten. Die Frage war auch, ob es auf der Straße nach Innsbruck Minen gebe. Ich versicherte den Amerikanern, dass eine organisierte Gegenwehr vor Innsbruck nicht mehr möglich sei, und dass ich auf der Straße von Innsbruck her nichts von Minen bemerkt hätte. Innsbruck sei in der Hand der Widerstandsbewegung und die Straße über Krane-witten und Kranewitter Allee nach Innsbruck hinein für die Amerikaner frei. Ich hatte den Auftrag, auf ein rasches Vorrücken der Amerikaner zu drängen. Diese wollten aber vorerst nicht weiter vorrücken, sondern zuerst Infanteriespähtrupps vorausschieken.

Während dieser Besprechung schoss plötzlich die Flak-Batterie von Ranggen noch einmal, dieses Mal direkt nach Zirl hinein. Wieder schossen die Amerikaner massiv zurück. Von den Amerikanern wurde niemand verwundet, aber die Aufregung war groß. Dann hat irgendjemand, ich konnte nie in Erfahrung bringen, wer es war, vom Kirchturm an vier Seiten Altartücher gehisst, und plötzlich war alles still – die Kämpfe waren zu Ende! [...]

Da die Amerikaner noch nicht nach Innsbruck vorrücken wollten, mussten wir einen weiten Bogen um Innsbruck machen. In den Dörfern Hatting, Kematen, Völs und am südlichen Rand von Innsbruck, wo wir vorbeifuhren, gab es überall schon rot-weiß rote Fahnen oder weiße Fahnen.“

*DÖW (Hrsg.), Erzählte Geschichte, Bd. 2, S. 435 f.*

Die militärische Befreiungsaktion der Widerstandsbewegung begann am 2. Mai 1945 mit der Besetzung aller Kasernen, am Abend des 3. Mai konnten die US-Truppen kampfflos in die befreite Stadt einmarschieren.

Nach Kriegsende begann Steiner an der Universität Innsbruck das Studium der Volkswirtschaftslehre, das er 1948 abschloss. Anschließend trat er in den diplomatischen Dienst ein und war u. a. 1952 bis 1953 Sekretär des Außenministers Dr. Karl Gruber und 1953 bis 1958 Sekretär des Bundeskanzlers Ing. Julius Raab. In letzterer Funktion nahm er an den Verhandlungen im April 1955 in Moskau teil, die zum Abschluss des österreichischen Staatsvertrags im Mai 1955 führten. 1961 bis 1964 war Ludwig Steiner Staatssekretär im Außenministerium, 1964 bis 1972 Österreichischer Botschafter in Griechenland und Zypern und ab 1972 Leiter der Politischen Sektion des Außenministeriums.

1979 bis 1990 war er als Nationalratsabgeordneter und außenpolitischer Sprecher der ÖVP tätig. Außerdem war er von 1989 bis 1996 Präsident der Politischen Akademie der ÖVP. Von Dezember 2000 bis 2005 leitete Ludwig Steiner den Österreichischen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds) zur Entschädigung ehemaliger NS-ZwangsarbeiterInnen.

Für seine zahlreichen Verdienste wurde Ludwig Steiner u. a. mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen der Republik Österreich, dem Ehrenzeichen des Landes Tirol und dem Verdienstorden des Landes Südtirol ausgezeichnet.

Diese Zeitung ist eine von  
1.800 aus dem Leseprogramm von

**EISENBACHER GmbH**  
**MEDIENBEOBACHTUNG**

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10  
TEL.: 01/36060 - 5401; FAX: 01/36060 - 5699  
E-MAIL: office@eisenbacher.net  
INTERNET: www.eisenbacher.net

## WIR GRATULIEREN

Der Theodor Kramer Preis für Schreiben im Widerstand und im Exil ging 2015 an die in Berlin lebende, in London als Tochter österreichischer Exilanten geborene **Hazel Rosenstrauch**. Im Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft erschien 2004 Hazel Rosenstrauchs Arbeit über ihre Mutter: *Erstaunter Blick zurück. Edith Rosenstrauch-Königsberg 1921–2003* (mit Beiträgen von Chaim Eisenberg, Beatrix Müller-Kampel u. a.).

Für das Projekt *Stollen der Erinnerung* wurde das **Mauthausen Komitee Steyr** mit dem Hans-Maršálek-Preis 2015 ausgezeichnet. In einer 140 Meter langen Stollenanlage unter dem Schloss Lamberg wird die Geschichte des KZ-Außenkommandos Münichholz und der in Steyr während der NS-Zeit eingesetzten ZwangsarbeiterInnen dargestellt.

## Post41 – Berichte aus dem Ghetto Litzmannstadt

70 Jahre nach der Räumung des Ghettos widmen Institutionen in Wien und Lodz jenen 5000 Jüdinnen und Juden, die 1941 vom Wiener Aspangbahnhof nach Litzmannstadt/Lodz deportiert wurden, eine Ausstellung und ein Gedenkbuch. Viele der Deportierten starben in den ersten Monaten an Hunger und Krankheiten, die meisten wurden in Kulmhof und Auschwitz ermordet. Nur wenige erlebten die Befreiung.

In Kooperation mit dem DÖW präsentiert das Jüdische Museum Wien (Dorotheergasse 11, 1010 Wien) vom 30. September 2015 bis 6. März 2016 in der Ausstellung *Post41* Zeugnisse aus dem Ghetto Litzmannstadt: Postkarten und Tagebücher, Auszüge aus der Ghetto-Chronik sowie Foto- und Filmbeiträge bilden Versatzstücke einer Rekonstruktion, einer Erzählung, die sich im Grunde nicht erzählen lässt.

„Niemand kann das wirklich verstehen. Es war eine Atmosphäre, die man nicht schildern kann. Man kann sie nicht filmen, man kann sie nicht erzählen.“ (Grete Stern, 2013)

*KuratorInnen:* Angelika Brechelmacher, Regina Wonisch, Dan Fischman  
*Gestaltung:* Bernhard Denkingner

## Verfassungsschutzbericht 2014

Anfang Juli wurde der neue Verfassungsschutzbericht präsentiert – das 14-seitige Kapitel zum Rechtsextremismus weist eine deutliche Qualitätssteigerung auf. Zunächst ist es zu begrüßen, dass man seitens des Innenministeriums von der Orientierung an der deutschen Begrifflichkeit wieder abzurücken scheint. So findet sich gleich zu Beginn der Hinweis, dass der Begriff „Rechtsextremismus“ der österreichischen Rechtsordnung fremd ist, was auf ein (aber leider im weiteren Bericht nicht durchgehaltenes) inhaltliches Verständnis des Phänomens verweist. Nach diesem ist die Frontstellung gegen die liberale Parteiendemokratie kein notwendiges Definitionsmerkmal, um von Rechtsextremismus sprechen zu können.

Am Beispiel der *Identitären* zeigt sich daneben, dass die Behörden nun kritisch hinter die ideologischen Selbstdarstellungen der führenden Akteure blicken: Es seien „jüngere Neonazis und Personen aus dem studentischen und burschenschaftlichen Milieu“, die das aus Frankreich kommende neue Organisationsmodell in Österreich etablierten. Die Warnungen vor einer angeblichen „Islamisierung“ werden als „Deckmantel“ entlarvt, unter welchem „auf einer pseudo-intellektuellen Grundlage“ versucht werde, „das eigene rassistisch/nationalistisch geprägte Weltbild zu verschleiern“. Auch sei die öffentliche „Distanzierung vom Neonazismus [...] als taktisches Manöver zu werten, da sich in den Reihen der Bewegungseliten amtsbekannte Neonazis befinden und Kontakte in andere rechtsextremistische Szenebereiche bestehen“. Die nunmehrige kritischere Auseinandersetzung mit „neurechten“ Ansätzen führt zu treffenden Beschreibungen derselben: „Was sich vordergründig als ‚Kritik‘ und jüngst als ‚islamkritisch‘ auf der Ebene der Mobilisierung darstellt, trägt in der tatsächlichen Umsetzung oft islam-, asyl- und fremdenfeindliche Züge.“

Die Zahl der Anzeigen wegen rechtsextremistisch motivierter Straftaten ist im Vergleich zu 2013 beinahe gleich geblieben (2013: 1186; 2014: 1201). Die meisten Anzeigen gab es nach dem Verbotsgesetz (663; 2013: 529) und dem Verhetzungsparagrafen (182; 2013: 152). Die Tatsache, dass ein Großteil der aufgeklärten Straftaten (59,7 Prozent) von Personen ohne feste

Szenenbindung begangen wurde, wird als Beleg dafür genommen, „dass rechtsextremistisches Gedankengut innerhalb der Bevölkerung auch außerhalb des organisierten Rechtsextremismus verbreitet ist“. Ein vergrößertes Problembewusstsein drückt sich daneben in der Bewertung der Entwicklungstrends aus: Auch wenn die Demokratie als solche momentan durch den Neonazismus nicht gefährdet sei, gehe von den entsprechenden „Akteursgruppen, Szenen und Bewegungen eine nicht unbeachtliche Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit aus“. Zudem wird befürchtet, „dass sich die bisherigen [antisemitischen und rassistischen] Provokationen zu gewalttätigen Übergriffen entwickeln können“.

## Nazi-Apologie in *Zur Zeit*

Die von FPÖ-NAbg. Wendelin Mölzer als Chefredakteur verantwortete Wochenzeitung *Zur Zeit* liefert in der Ausgabe 28–29/2015 (S. 44 f.) ein weiteres Anschauungsbeispiel für den durch Auslassungen und Beschönigungen geprägten Umgang mit dem Nationalsozialismus im freiheitlichen Milieu. So heißt es über den fanatischen Nazi-Dichter und Burschenschafter Robert Hohlbaum (1886–1955), er sei ein „Künder der verlorenen Heimat“ gewesen. Seine Stelle an der Universitätsbibliothek habe er 1937 „wegen seiner nationalen Gesinnung“ verloren – der übliche Euphemismus für illegale Nazi-Tätigkeiten. Tatsächlich war der von Freiheitlichen gefeierte Hohlbaum 1936 unter den Gründungsmitgliedern des pro-nazistischen *Bundes deutscher Schriftsteller*. Dieser gab 1938 das berüchtigte „Bekenntnisbuch österreichischer Dichter“ heraus, in welchem Hohlbaum mit einer Ode an „Führer und Vaterland“ vertreten ist. Dort heißt es über Adolf Hitler: „So wie der Mann, den wir in Ehrfurcht ehren.

[...] Und wenn wir Dich aus tiefster Seele lieben, lieben wir Deutschlands Berge, See und Feld, und wenn wir Dir in

Qual getreu geblieben, blieben wir treu der ganzen deutschen Welt. Der deutschen Welt, die heute ohne Grenze erlöst sich weit, groß in Raum und Zeit, Dir danken wir’s.“

In *Zur Zeit* findet sich darüber wenig überraschend kein Wort, stattdessen heißt es

lapidar: „Wie Millionen anderer Deutscher erhoffte sich auch Hohlbaum vom Nationalsozialismus eine große Zukunft für Deutschland. Für diesen Irrtum haben ihn die Sieger von 1945 bitter büßen lassen [...]; für seine Treue für Volk und Vaterland wurde er nach dem Kriege von der offiziellen Literaturgeschichtsschreibung geächtet.“

## Hetze in der *Aula* gegen KZ-Häftlinge

Unter dem Titel *Mauthausen-Befreite als Massenmörder* beschimpft *Aula*-Stammautor Fred Duswald die 1945 befreiten Häftlinge des KZ Mauthausen als „Landplage“ und „Kriminelle“, die „raubend und plündernd, mordend und schändend [...] das unter der ‚Befreiung‘ leidende Land [plagten]“ und „mit den sowjetischen ‚Befreier‘ in der Begehung schwerster Verbrechen wetteiferte[n]“. (*Die Aula* 6–7/2015) Mit ähnlichen Aussagen hat Duswald schon mehrfach für Diskussionen gesorgt.

Ebenfalls in der *Aula* 6–7/2015:

- Eine Gratulation zum 80. Geburtstag des *Aula*-Autors und, wie die *Aula* schreibt, „Volkstumskämpfers“ Rigolf Hennig, der seit Jahren u. a. in der neonazistischen Szene (*Nationaldemokratische Partei Deutschlands/NPD*, *Europäische Aktion/EA*, *Zeitschrift Volk in Bewegung – Der Reichsbote*) aktiv ist.
- Im Beitrag *Horst Mahler schwerkrank im Lazarett* werden unter den Slogans „Maulkorb in Haft“ und „Keine Menschlichkeit bei Mahler“ das Vorgehen der deutschen Justiz gegen den Neonazi und Holocaustleugner und seine Verurteilung zu einer „un glaublichen“ (O-Ton *Aula*) mehrjährigen Haftstrafe kritisiert.
- Schließlich wird die Demonstration der rechtsextremen *Identitären Bewegung Österreichs* (IBÖ), die am 6. Juni 2015 in Wien-Favoriten stattfand, in pathetischem Ton geschildert: So sei ein „wild entschlossene[r], verwegene[r] Marschblock [...] einig und machtvoll [...] mitten ins aufregende, jede Menge aufputschendes Adrenalin ausschüttendes [sic!] Abenteuer“ aufgebrochen.

Juli/August 2015



## Prorussischer Rechtsextremismus

Dass in großen Teilen der rechtsextremen bis neonazistischen Szene starke Sympathien für das zunehmend autoritär regierte Russland vorhanden sind, hat sich schon bei der von einem russischen Server aus agierenden Homepage *freies-oesterreich.net* gezeigt. Diese Webseite ist jedoch seit Februar 2015 nicht mehr aktualisiert worden. Stark russlandorientiert ist nun ein neues, aufwendig produziertes Hochglanzmagazin, das seit März dieses Jahres unter dem Namen *Info Direkt* von Linz aus vertrieben wird. Als Herausgeber fungiert ein *Verein für Meinungsfreiheit und unabhängige Publizistik* unter Obmann Ing. Karl Winkler, seines Zeichens Vorsitzender der rechtsextremen *Österreichischen Landsmannschaft – Landesgruppe Oberösterreich*. Tatsächlich dürfte der Verein nur vorgeschoben sein, um die tatsächlich für das Magazin Verantwortlichen im Dunklen lassen zu können. Mit gutem Grund, weisen doch alle Spuren in das organisatorische Zentrum des Neonazismus in Oberösterreich, zum mittlerweile als solchem nicht mehr existierenden *Bund freier Jugend* (BFJ) rund um Stefan Magnet. So waren Schreiben an Interessierte und AbonentInnen von Monika Magnet unterzeichnet. Auch bewarben ehemalige BfJ-AktivistInnen das neue Magazin auffällig früh auf *facebook*.

Dort wurde *Info Direkt* als ein Projekt vorgestellt, wo man „Informationen [findet], die der Mainstream garantiert verschweigt oder verfälscht“. Was hier angedeutet wird – die esoterische Fähigkeit, hinter die Kulissen blicken zu können –, zieht sich tatsächlich wie ein brauner Faden durch jedes der bisher erschienenen Hefte. Neben dem (anti-amerikanischen und antisemitischen) Verschwörungsmythos ergeht sich *Info Direkt* in Huldigungen Wladimir Putins, der auch das Cover des ersten Hefes zierte, darunter der Wunsch: „Wir wollen einen wie Putin“. Dementsprechend findet sich in dieser Ausgabe ein langes, von Manuel Ochsenreiter (*Zuerst!*) geführtes Interview mit Alexander Dugin, dem als „Rasputin Putins“ titulierten russischen Chefideologen der *Eurasischen Bewegung*.

Ein weiterer Interviewpartner, Stefan Bartunek, verweist auf das Milieu der obskuren „Montags-“ oder „Friedensmahnwachen“, die mit Rechtsextremen und Neonazis die Neigung zu Verschwörungsmythos und die Begeisterung für den ak-

tuellen russischen Imperialismus teilen. In der dritten Ausgabe findet sich auch eine Rede Bartunek, in welcher er von einer Verschwörung der pro-israelischen „Anti-deutschen“ schwadroniert und in Neonazi-Manier gegen das DÖW und seine MitarbeiterInnen agitiert.

Tatsächlich hat sich früh eine Querfront zwischen der obskuren Mahnwachenszene und (zum Teil ehemaligen) Neonazis gebildet. Den verbindenden gemeinsamen Feind geben die USA. Diesen ist das zweite Heft gewidmet, zu welchem der bekannte Vortragsreisende im neonazistischen Milieu, Richard Melisch, einen Artikel beisteuerte. Die dritte und bisher letzte Ausgabe hat mit der „Lügenpresse“ ein weiteres Steckenpferd des aktuellen Rechtsextremismus zum Schwerpunkt.

Bis auf wenige Ausnahmen und Texte, die aus dem Internet kopiert wurden, verstecken sich die AutorInnen hinter Pseudonymen wie etwa Gert Golznig, das früher Andreas Mölzer diente. Gute Kontakte bestehen offenbar zur Linzer FPÖ: Die Präsentationen der ersten beiden Hefte fanden im Linzer Alten Rathaus statt, laut *profil* (13. 4. 2015) war es niemand Geringerer als Stadtparteiobmann Detlef Wimmer, der zumindest in einem Fall die Räumlichkeiten dafür angemietet haben soll. Bei dieser Veranstaltung wurden sowohl Personen aus dem Umfeld des Welser Rechtsextremisten Ludwig Reinthaler als auch ehemalige BfJ-Führungskader wie Stefan Magnet oder Michael Scharfmüller gesichtet ([www.stopptdierechten.at/2015/05/13/ein-rechtsextremes-magazin-prasentiert-sich](http://www.stopptdierechten.at/2015/05/13/ein-rechtsextremes-magazin-prasentiert-sich)). Auch unter den Personen, die auf dem *facebook*-account von *Info Direkt* zu erkennen geben, dass ihnen diese Zeitschrift gefällt, befinden sich zahlreiche Rechtsextreme und Neonazis.

### „Arbeitslager“ für Ausländer

Der *Freiheitliche Akademikerverband Salzburg* (FAV Salzburg) hat auf seiner Website einen sogenannten „Phasenplan für eine nachhaltige Rückwanderungspolitik“ vorgestellt. Darin wird u. a. ausgeführt, dass „mit dem Erlöschen der Voraussetzungen der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung [...] der Ausländer die legale Basis des Aufenthalts verloren“ hätte und „innerhalb eines Monats in sein Herkunftsland zurückkehren“ müsse. Dasselbe gelte auch „für länger als einen Monat arbeitslose Fremde“. Abschließend hebt der FAV Salzburg hervor, dass „Abzuschiebende keinen Anspruch auf Sozialhilfe [haben]“ und „bis zu ihrer faktischen

Abschiebung in Arbeitslagern unterzubringen“ wären.

Wie aus einem 2010 auf *standard online* veröffentlichten Bericht hervorgeht, war bereits zu diesem Zeitpunkt ein solcher „Phasenplan“ auf der Website des FAV Salzburg zu finden. ([derstandard.at/1269448737686/Melange-Diskriminierte-FPOe-Akademiker](http://derstandard.at/1269448737686/Melange-Diskriminierte-FPOe-Akademiker), 1. 4. 2010)

Im Zuge der öffentlichen Diskussion über den „Phasenplan“ sah sich die FPÖ Salzburg zu einer Reaktion genötigt. Landesparteiobmann Andreas Schöppl erklärte, dass „weder der Inhalt, geschweige denn die Wortwahl [...] sich mit der Parteilinie der Freiheitlichen [decken]“. Weiters wies er darauf hin, dass der *Freiheitliche Akademikerverband Salzburg* keine Vorfeldorganisation der Freiheitlichen sei und schon deshalb dessen Aussagen nicht „einfach der FPÖ zugeordnet werden“ könnten. Schöppl selbst war diesem Verein allerdings lange Zeit verbunden, laut *Salzburger Nachrichten* trat er 2014 nach einer 15-jährigen Mitgliedschaft aus dem FAV Salzburg aus. ([search.salzburg.com/display/ks260800\\_26.07.2014\\_41-53881067](http://search.salzburg.com/display/ks260800_26.07.2014_41-53881067), 25. 7. 2014)

Die *Freiheitlichen Akademikerverbände Steiermark, Oberösterreich, Kärnten, Wien/Niederösterreich/Burgenland, Salzburg* fungieren als Medieninhaber der im *Aula-Verlag* verlegten rechtsextremen Zeitschrift *Die Aula*. In dieser Publikation sind regelmäßig auch hochrangige FPÖ-Funktionäre als Interviewpartner und Autoren zu finden. Was das Verhältnis des FAV insgesamt zur FPÖ betrifft, so wird in einer parlamentarischen Anfrage der FPÖ aus dem Jahre 1998 im Zusammenhang mit einer Aufzählung von FPÖ-Vorfeldorganisationen auch der „Freiheitliche[n] Akademikerverband [...] nebst seiner Mitgliederzeitschrift ‚Aula‘“ namentlich als eine solche angeführt. (Anfrage, XX GP-NR, 5310/J, 1998-12-02)

Der FAV ist nicht nur als Medieninhaber der *Aula*, sondern in der Vergangenheit auch mit einschlägigen Veranstaltungen aufgefallen. So ist z. B. 1999 der deutsche Neonazi Horst Mahler bei einer Versammlung des *Freiheitlichen Akademikerverbands für Wien, Niederösterreich und Burgenland* als Referent in Erscheinung getreten.

*Neues von ganz rechts*  
auf Twitter:

[https://twitter.com/doew\\_at](https://twitter.com/doew_at)

Veranstaltungstipps, Recherchen,  
Informationen zum Themenkreis  
Rechtsextremismus

**Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.):  
Jahrbuch für Antisemitismusforschung  
23. Berlin: Metropol Verlag 2014.  
319 S.**

Das *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* versteht sich als Forum für wissenschaftliche Beiträge, die sowohl auf die Feindschaft gegen Juden und Jüdinnen wie auch gegen andere Minderheiten bezogen sind. Der 23. Band wurde von Stefanie Schüler-Springorum, der Nachfolgerin von Wolfgang Benz als Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, herausgegeben. Er enthält 24 Beiträge mit unterschiedlichen Ansätzen und verschiedenen Themen, die zu großen Teilen auf zwei internationale Konferenzen des Zentrums zurückgehen. Im April 2012 ging es bezogen auf Einzelpersonen um antisemitische Emotionen im 19. Jahrhundert und im November 2013 um den Antisemitismus im Europa der Gegenwart. Die Referate zu diesen Tagungen wurden von den AutorInnen zu wissenschaftlichen Beiträgen umgearbeitet. Dadurch erhalten die LeserInnen einen guten Eindruck von den Inhalten der seinerzeitigen Veranstaltungen. Ergänzt sind diese Abhandlungen noch um zwei weitere Beiträge, die Fallstudien zu spezifischen Themen darstellen.

Der Block *Antisemitismus im heutigen Europa* wird eingeleitet von Werner Bergmann. Er macht aus bilanzierender und vergleichender Perspektive auf Folgendes aufmerksam: „Die heutigen Vorurteile sind [...] zum einen stark geprägt von den spezifischen historischen Traditionen der Judenfeindschaft jedes Landes. Zum anderen aber spielen vor allem die Probleme, die sich für das jeweilige Land aus der Auseinandersetzung mit seiner eigenen Position bei der Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg ergeben, eine wesentliche Rolle.“ (S. 15)

Dies wird dann deutlich bei den folgenden Länderstudien. Dabei geht es um Deutschland (Peter Ullrich), Großbritannien (David Feldman), die Niederlande (Evelien Gans), Österreich (Margit Reiter), Schweden (Henrik Bachner), Spanien (Anna Menny) ebenso wie um Litauen (Gintarė Malinauskaitė), Polen (Lara Benteler, Michael Bilewicz, Mikolaj Winiewski und Jolanta Ambrosewicz-Jacobs), die Slowakei (Lenka Bustikova, Petra Guasti), die Türkei (Dilek Güven) und Ungarn (András Kovács).

## *Feindbilder* – Download auf [www.doew.at](http://www.doew.at)

Alle Beiträge des im April 2015 erschienenen und mittlerweile vergriffenen DÖW-Jahrbuchs 2015: *Feindbilder* stehen auf der Website des DÖW als Download zur Verfügung: [www.doew.at/erforschen/publikationen/downloads](http://www.doew.at/erforschen/publikationen/downloads).

Das diesjährige Jahrbuch thematisiert die rassistische Verfolgung sowie die politische Repression unter dem NS-Regime und behandelt die NS-Propaganda und den Umgang der österreichischen Gesellschaft mit den Überlebenden nach 1945.

Die beiden gesonderten Fallstudien widmen sich den antisemitischen Ausschreitungen in Wien 1925 (Verena Moritz) und der Entwicklung der Positionen von Jean Jaurès während der Dreyfus-Affäre (Vincent Duclert). Bei den Beiträgen zu antisemitischen Emotionen soll nach der Einführung durch Ulrich Wyrwa nach „den Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den antisemitischen Gefühlshaushalten verschiedener europäischer Regionen gefragt“ (S. 256) werden. Es gibt denn auch Abhandlungen zu dem Priester Juozas Tumas in Litauen (Klaus Richter), dem Publizisten Ludomir Prószyński in Polen (Maciej Moszynski), dem Bischof Josip Juraj Strossmayer in Kroatien (Marija Vulesica), dem Dichter Miloslav Szabó in Slowakien, dem Demokraten Francesco Guerrazzi in Italien (Ulrich Wyrwa), dem Antisemiten Nikola Mitakov in Bulgarien (Veselina Kulenska) und dem Dichter Georgios Souris in Griechenland (Maria Margaroni). Abgeschlossen wird der Teil durch vergleichende Betrachtungen (Ulrich Wyrwa, Andrea Hopp).

Durch die Publikation der Beiträge zu zwei Konferenzen in Kombination mit zwei anderen Texten wirkt der Band ein wenig „zusammengestoppelt“, was aber dessen Bedeutung nicht schmälert. Denn insbesondere die Beiträge zum Antisemitismus in der Gegenwart in bestimmten Ländern enthalten eine Fülle von wichtigen Informationen. Dabei verdienen die Umfrageergebnisse genaues Interesse. Man findet in diesen Abhandlungen auch immer wieder analytisch beachtenswerte Anmerkungen, so heißt es z. B. bei David Feldman: „Wenn Menschen uneins über Antisemitismus sind, liegt die Ursache häufig darin, dass sie über unterschiedliche Phänomene und Prozesse sprechen, die aber nichtsdestotrotz mit dem gleichen Begriff belegt werden.“ (S. 49) Und der

Beitrag über die Niederlande von Evelien Gans enthält eine beachtenswerte Analyse zum selektiven Philosemitismus des Geert Wilders. Insofern hat man es auch hier wieder mit einer gelungenen Ausgabe des *Jahrbuchs für Antisemitismusforschung* zu tun.

**Armin Pfahl-Traugber**

**Meier, Horst: Verbot der NPD – ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001–2014. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2015. 398 S.**

„Darf man dem ‚Kampf gegen rechts‘ ausgerechnet in Deutschland in den Rücken fallen? Man muss es, wenn die Regierenden demokratische Prinzipien zur Disposition stellen, nur um eine symbolische Politik zu betreiben, die unter Sicherheitsaspekten nutzlos ist.“ (S. 47) Dieser Satz findet sich in dem Band *Verbot der NPD – ein deutsches Staatstheater in zwei Akten*, der von dem Juristen und Publizisten Horst Meier veröffentlicht wurde. Der Autor gehört zu den entschiedensten Kritikern eines Verbotes der NPD, wobei seine Motive nichts mit einer ideologischen oder politischen Sympathie gegenüber der Partei zu tun haben. Ganz im Gegenteil argumentiert Meier aus einer bürgerrechtlichen Perspektive heraus. Bereits im Vorwort stellt er klar: „In Deutschland, wo man lange genug den ‚Kampf gegen links‘ führte, ist der ‚gegen rechts‘ wirklich eine schöne Abwechslung und gewiss auch ehrbar – von der Linkspartei bis zur CSU; aber er bewegt sich doch im Gravitationsfeld des autoritären, vormundschaftlichen Staates.“ (S. 9)

Diese Grundposition durchzieht die Texte. Denn man hat es mit dem Band mit einem „Lesebuch“, so auch die Formulierung des Autors, zu tun. Es enthält ältere Abhand-

lungen von Meier eben aus den Jahren 2001 bis 2014, die zuvor in unterschiedlichen Zeitschriften erschienen. Dabei konnten Wiederholungen nicht ausbleiben; was aus der Perspektive des Autors verständlich ist, ist für die LeserInnen gelegentlich etwas ärgerlich. Ergänzt wurden die Beiträge von Meier durch Texte von anderen Verfassern. Da geht es einmal um eine Kritik der Materialsammlung zum neuen NPD-Verbotsverfahren, die der Politikwissenschaftler Claus Leggewie mit geschrieben hat. Da präsentiert der bekannte Jurist und Schriftsteller Bernhard Schlink in einem Interview seine Positionen zur Frage. Da macht der Extremismusforscher Eckhard Jesse darauf aufmerksam, dass man auch die Gründe für ein NPD-Verbot akzeptieren, gleichwohl aber dessen Umsetzung für unnötig halten kann. Und da informiert der Jurist Sunki Hong darüber, dass die südkoreanische Regierung ein Verbotungsverfahren gegen eine Partei auf der Grundlage des KPD-Verbots von 1956 anstrebt.

Die meisten Abhandlungen stammen indes von Meier selbst, der zu den Begründungen für ein NPD-Verbot formuliert: „Alles in allem zeugt die Sammlung der Innenminister von einer enormen bürokratischen Fleißarbeit, deren Ergebnisse äußerst dürftig und sattem bekannt sind. Das präsentierte Belastungsmaterial ist ohne Gewicht und Beweiskraft.“ (S. 40) Dabei geht es um Einwände gegen die Argumentation mit der Vorstrafenstatistik, die Behauptung der Schaffung von „Angsträumen“ oder die Rede von einer „Wesensverwandtschaft“ mit dem Nationalsozialismus. Der Autor formuliert auch eine wichtige Warnung: „Die gegenwärtige ‚Feinderklärung gegen rechts‘ ist deshalb so verlockend und gefährlich, weil sie von sympathischen Leuten aus laudablen Beweggründen und noch dazu für eine gute Sache vertreten wird. Um wirklich belastbare Maßstäbe zu bekommen, braucht man nur die *Gegenprobe* zu machen. Und sich fragen, ob man jene, die man für ein Verbot der NPD akzeptiert, auch für das Verbot einer linken Partei gelten ließe.“ (S. 22)

Meier neigt immer wieder zu polemischen Formulierungen, er spitzt auch manchmal Einschätzungen zu undifferenzierten Werturteilen zu. Gleichwohl präsentiert der Autor eine Fülle von Bedenken und Sachargumenten, die bislang kaum nähere Beachtung gefunden haben. Der breite politische Konsens für ein NPD-Verbot scheint nicht wenige Akteure aus Medien, Politik und Wissenschaft für die problematische Seite des Vorgehens blind ge-

macht zu haben. Hier liefert Meier eine klare Gegenposition: „Wer vom Parteienverbot spricht, darf über die Parteienfreiheit nicht schweigen“ oder: „Ein Verbot muss einen triftigen Grund haben, das heißt zur Verteidigung von Demokratie und Pluralismus zwingend notwendig sein“. (S. 36) Der Autor erinnert auch zutreffend daran, dass die konkreten Anlässe für die beiden Verbotsanträge nichts direkt mit der NPD zu tun hatten. Selbst wenn man manche Auffassungen von Meier nicht teilen mag, eine Auseinandersetzung mit seinen Argumenten ist auch und gerade demokratietheoretisch mehr als nur geboten.

**Armin Pfahl-Traugber**

**Wohnout, Helmut: Leopold Figl und das Jahr 1945. Von der Todeszelle auf den Ballhausplatz.**

**St. Pölten–Salzburg–Wien: Residenz Verlag 2015. 223 S.**

Helmut Wohnout, Geschäftsführer des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der christlichen Demokratie in Österreich und Vorstandsmittglied des DÖW, der zuletzt zur jahrelangen Verfolgung von Leopold Figl durch die Nationalsozialisten publizierte, legte im Frühjahr 2015 die Monographie zu Figl im Jahr 1945 vor, in der er zahlreiche Publikationen biographischer Art, neu zugängliche oder aufgetauchte Archivbestände im In- und Ausland berücksichtigt.

Es ist ein heute kaum vorstellbares Jahr, das Leopold Figl 1945 erlebte: Im Jänner noch Häftling im Bunker des KZ Mauthausen waren seine Überlebenschancen Anfang 1945 verschwindend gering, im Dezember desselben Jahres war er Kanzler der wiedererstandenen demokratischen Republik Österreich. Der Bunker in Mauthausen wurde für die Unglücklichen verwendet, die verhört oder hingerichtet werden sollten – unzählbar viele wurden in diesen letzten Tagen der Schreckensherrschaft noch ermordet.

Bis Kriegsende verbrachte Figl fast sechs Jahre in KZ- und Gefängnishaft, in Dachau, Flossenbürg, Mauthausen, im Polizeigefängnis Elisabethpromenade und im Landesgericht Wien. Er erlebt die Befreiung, begründet die ÖVP als neue demokratische Partei mit, wird noch im April Vizekanzler der Provisorischen Regierung Renner. Eine Achterbahn, die kaum bewältigbar scheint, Helmut Wohnout beschreibt sie minutiös bis zum Ende des Jahres 1945. Der Autor wählt dieses Jahr als das politische Schlüsseljahr Figls, wengleich viele das Jahr des Staatsver-

trages – aufgrund der ikonenhaften Bilder und Worte („Österreich ist frei“) – oft mit dem damaligen Außenminister Figl verbinden.

Wohnout skizziert nach einem Rückblick auf die Zeit der Verfolgung die Stunden der Schlacht der Roten Armee um Wien, die ersten Kontakte Figls zu den Sowjets und dessen Arbeit für den Wiederaufbau. Er thematisiert die schwierige Zusammenarbeit der großen politischen Lager der (vormals) Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten sowie Kommunisten, die einander noch wenige Jahre zuvor unversöhnlich gegenüberstanden, die vordringlich zu lösenden Probleme von Ernährung und Verkehr, Sicherheit und Verwaltung. In den ersten Tage und Wochen dieser turbulenten Zeit kann die Aufbauarbeit nur im befreiten Osten der Republik begonnen werden, im Frühsommer gibt es die ersten Kontakte zum Westen des nun in vier Zonen geteilten Landes. Auch ein 2015 nach wie vor hoch aktuelles Thema beschäftigt 1945 Bevölkerung und Politik: Millionen Verschleppte und Flüchtlinge sind in oder kommen nach Österreich, Displaced Persons, ehemalige Häftlinge, ZwangsarbeiterInnen und Deportierte, Vertriebene, Rückkehrende, Durchreisende, Gestrandete. Der Autor beschreibt die gewaltigen Herausforderungen, die damals Alltag waren.

Bei den Wahlen im November wird Figl für seine Arbeit belohnt – Wohnout geht detailliert auf diese ersten Wahlen, ihre Vorbereitung und die Strategien der Parteien ein: die ÖVP erreicht die absolute Mehrheit, Figl wird Kanzler. Wohnout analysiert die anschließenden Koalitionsverhandlungen und den ursprünglichen Sinn des später so kritisierten Proporz im ersten Jahr nach der NS-Herrschaft. Aus der Regierungserklärung Figls vom 21. Dezember 1945 wurde komprimiert schließlich eine der schönsten Ikonen des Landes, die später auf Tonband aufgenommen überliefert ist: „Glaubt an dieses Österreich!“

**Christine Schindler**

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:  
Winfried R. Garscha, Claudia Kuretsidis-Haider,  
Wilhelm Lasek, Rudolf Leo, Andreas Peham, Siegfried  
Sanwald, Christine Schindler, Armin Pfahl-Traugber.  
Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller:  
Dokumentationsarchiv des österreichischen  
Widerstandes, Wipplingerstraße 6–8 (Altes Rathaus),  
1010 Wien;  
Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitternitzer,  
Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at;  
Sekretariat, Tel.: 22 89 469/319, Fax: 22 89 469/391,  
e-mail: office@doew.at; web: www.doew.at).

## Ich bestelle folgende Publikationen:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen oder Karton € 15,-  
Leinen ... Stück  
Karton ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30  
... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30  
... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** Wien 1996, 135 S. € 6,50  
... Stück
- Kombiangebot*  
**Gedenken und Mahnen in Wien,** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998  
und  
**Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-)  
... Stück
- Gerhardt Plöchl, **Willibald Plöchl und Otto Habsburg in den USA.** Ringen um Österreichs „Exilregierung“ 1941/42, Wien 2007, 288 S., Ladenpr. € 9,90  
... Stück
- Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich.** Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis € 25,-** (Ladenpr. € 49,90)  
... Stück
- Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch.** Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,-  
... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,-  
... Stück
- DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung.** Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50  
... Stück
- DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition,** Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50  
... Stück
- Bewahren – Erforschen – Vermitteln.** Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2008, 190 S., € 13,50  
... Stück
- Martin Niklas, „... **die schönste Stadt der Welt“.** **Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt.** Wien 2009, 232 S., € 19,90  
... Stück
- Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich.** Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., € 19,50  
... Stück
- Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky.** Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90  
... Stück
- Günther Morsch / Bertrand Perz, **Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas.** Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung, Metropol Verlag 2011, 446 S., Ladenpr. € 24,-  
... Stück
- Heinz Arnberger / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), **Gedenken und Mahnen in Niederösterreich.** Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung, Mandelbaum Verlag 2011, 712 S., Ladenpr. € 39,90  
... Stück
- Florian Freund, **Die Toten von Ebensee.** Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., € 29,-  
... Stück
- Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... **Ein Paragraph wird sich finden“.** **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945),** hrsg. vom DÖW, Wien 2013, 622 S., € 24,50  
... Stück
- Jahrbuch 2010,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: **Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen,** Wien 2010, 273 S., € 13,50  
... Stück
- Jahrbuch 2011,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: **Politischer Widerstand im Lichte von Biographien,** Wien 2011, 302 S., € 13,50  
... Stück
- Täter. Österreichische Akteure im Nationalsozialismus,** Jahrbuch 2014, hrsg. vom DÖW, Wien 2014, 318 S., € 19,50  
... Stück
- Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938–1945,** überarb. u. erw. Fassung, Edition Steinbauer 2015, 351 S., € 22,50  
... Stück
- Wolfgang Neugebauer, **The Austrian Resistance 1938–1945,** Edition Steinbauer 2014, 336 S., € 22,50  
... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/  
Sponsoring.Post**

Zulassungs-Nr.  
**02Z031276 S**

Verlagspostamt  
1010 Wien